



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Das preußische Abgeordnetenhaus und die Regierung.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das preußische Abgeordnetenhaus und die Regierung.

Der preußische Minister, welcher neulich hervorhob, es sei ein Unterschied zwischen der Stellung des Königs von Preußen und des Königs der Belgier, hat seinen Gegnern einen Dienst erwiesen, wenn er in der gegenwärtigen verzwifelten Lage der preußischen Regierung auf den schneidenden Contrast zwischen ihren Erfolgen und denen des Königs Leopold aufmerksam machte. Es ist allerdings für jeden Preußen, der die heimischen Zustände mit denen Belgiens vergleicht, ein großer Unterschied in der Stellung beider Fürsten zu ihren Völkern, und es ist nicht unnützlich, darzustellen, worin der Gegensatz liegt. Beide Souveräne haben einen militärischen Lieblingsplan, den sie gegen Wunsch und Willen ihres Volkes durchzusetzen bemüht waren. Gerade so wie König Wilhelm seine Heeresorganisation, forderte König Leopold seit Jahren die Befestigung von Antwerpen. Die neue preußische Organisation kann nicht unpopulärer sein, als dieser Lieblingsplan des belgischen Königs seinem Volke war. Denn dieser Plan legte nicht nur für alle Zukunft dem Militärbudget eine neue nicht unbedeutende Last auf, er forderte auch sofort zu seiner Realisirung die hohe Summe von etwa achtzig Millionen Franken. Das belgische Volk aber hat seinem Könige diese höchst unpopuläre, unbequeme, kostspielige Neuerung bewilligt, gegen das eigene Wünschen und Empfinden, als ein großartiges Geschenk, welches mit Selbstüberwindung einem populären Fürsten gebracht wurde. Nicht die Erkenntniß von der — für uns unlängbaren — politischen Nothwendigkeit dieses kostbaren und lästigen Unternehmens hat in Belgien den Ausschlag gegeben; man darf sagen, daß nur die Persönlichkeit des Regenten dem Volke die Beistimmung abgerungen hat.

In Preußen aber ist unter diesem Regiment die gesetzliche Feststellung der Heeresorganisation ohne jede Aussicht, und alle nichtswürdigen Mittel, welche öffentliche Organe der feudalen Partei zur völligen Durchführung der Heeresorganisation anrathen: Eidbruch, neues Detroyiren, ein Zwingen und Fälschen der Volksmeinung, werden nur die eine Wirkung ausüben, daß Widerwille und Haß gegen die heimische Militärverfassung immer tiefer fressen und zuletzt noch anderen Gewalten Gefahr drohen als dem Corpsgeist der preußischen Regimenter und der patriarchalen Frömmigkeit der preußischen Cadettenhäuser.

Der Minister also hat ganz Recht gehabt: es offenbart sich gerade in der Grenzboten II. 1863.

Gegenwart ein sehr großer Unterschied zwischen Preußen und Belgien, zwischen der Autorität, welche König Wilhelm und König Leopold behaupten. Wer aber fragen wollte, wie die große Kraft des Königs der Belgier und die Rathlosigkeit der preussischen Regierung zu erklären sind, dem würden die gegenwärtigen Minister Preußens schwerlich eine befriedigende Antwort zu geben wissen. Das belgische Volk hat in dieser Frage durchaus nicht größeres Verständniß militärischer Bedürfnisse gezeigt, als das preussische in seiner Mithrasnoth. Wer den Kampf um diese Befestigungen verfolgt hat, die Journalartikel und Kammerreden, welche an die peinliche Frage rührten, dem wird die allgemeine und innerlichste Abneigung des industriellen Volkes und seiner kaufmännischen Hauptstadt sehr lebhaft gegenwärtig sein. Hat nun das preussische Haus der Abgeordneten, haben die Wähler derselben weniger Empfindung für Preußens Ehre und Vortheil? Das loyalste Volk des Continents, opferfähig, patriotisch, seit Generationen stolz auf militärischen Ruhm? — Und wer mit dreister Stirn eine so schwere Schuld dem Volke aufbürden wollte, wie könnte er solche Verirrung und Verkümmern der Volkskraft bei einer loyalen, patriotischen, kriegerischen Nation erklären? Auf wessen Haupt würde die ungeheure Schuld lasten, daß das große preussische Volk kleiner empfindet als das kleine belgische?

Es gibt für diese Fragen nur eine Antwort, eine kurze und bündige. Weil König Leopold, seit er König ist, niemals eine „persönliche“ Regierung der parlamentarischen entgegengestellt hat, weil er nie unpopuläre Minister der Majorität seiner Volksvertreter zu kläglichem innern Kampfe entgegengestellt hat, weil er immer staatsklug die eigenen Neigungen und individuellen Wünsche dem gesellig ausgesprochenen Willen seines Volkes untergeordnet hat, deshalb, und nur deshalb darf er, der parlamentarische König, jetzt in einer Lebensfrage seines Staates die volle Wucht einer persönlichen Ueberzeugung mit Erfolg zur Geltung bringen. Und diese persönliche Ueberzeugung vermochte er gerade deshalb durchzusetzen, weil er auch hierbei die sorgfältigste Rücksicht nicht allein auf den Buchstaben der Verfassung, sondern auf Sinn und Wesen des parlamentarischen Regiments nahm, das heißt, weil er ein Ministerium für seine Pläne gewann, welches die Majorität der Volksvertreter an sich gefesselt hatte.

Und ferner wurde diese Lebensfrage für Belgien durchgesetzt, weil die Minister des Königs ihr Amt nicht als „Diener“ antraten, nicht als gefügige Werkzeuge eines zufälligen königlichen Willens, nicht als Männer, welche es Diensttreue nennen, wenn sie sogar ihre persönlichen Ueberzeugungen den Privatansichten ihres Fürsten zum Opfer bringen, und welche es Selbstverleugnung im Dienste nennen, wenn sie gegen besseres Erkennen den Meinungen ihres Fürsten nachgeben. Denn die belgischen Minister sind in der maßgebenden Mehrzahl Parteiführer gewesen, sie sind die populären Vertreter feststehender Volksüberzeugungen und Wünsche, sie dienen ihrem König als Minister, so lange und

so weit ihr politisches Gewissen dies erlaubt, und sie finden einen sichern, unablässigen und strengen Regulator ihres Gewissens in den Ansichten und dem Beifall ihrer Parteigenossen, welche derzeit die Majorität der Volksüberzeugung vertreten. Sie sind Männer, die zuerst ihre eigene politische Ehre ins Auge fassen, erst dann den Gehorsam gegen ihren Souverän; und nur, weil sie so handeln, vermögen sie in Wahrheit treue Diener ihres Königs zu sein. Denn die Art von Diensttreue, welche hier und da in Deutschland noch gefordert und angeboten wird, ist keine Tugend, sondern im letzten Grunde ein fadenscheiniger Deckmantel für Charakterlosigkeit und rohen Egoismus.

Leicht schmeichelt es der Schwäche eines Herrn, Werkzeuge zu finden, welche ihren eigenen Willen dem seinen unterordnen, sein Selbstgefühl wird dadurch besonders angenehm befriedigt, und er mag geneigt sein, ihnen sogar zum besondern Verdienst anzurechnen, daß sie sein Urtheil höher schätzen als das eigene. In der That aber bezahlt ein Fürst diese schmeichelhafte Unterwürfigkeit mit einem furchtbaren Preise. Er wird der geheime Sklave seiner Sklaven. Denn, wer als Minister gegen seine Ueberzeugung den Wünschen des Herrn nachgibt, thut es, wenn er überhaupt eigenen Willen hat, deshalb, um den Einfluß zu erringen, welcher ihm gestattet, bei andern Gelegenheiten den Herrn zu beherrschen.

Ein solcher Rathgeber der Krone aber handelt gewissenlos, wenn er ausführen hilft, was er nicht billigt, d. h. was nach seiner Ueberzeugung zum Nachtheil seines Herrn und des Staates gereicht, und das stille Contractverhältniß, in das er zu seinem Gebieter getreten ist, besteht im letzten Grunde auf einem Belauern der Schwächen des Herrn, in stillem Intriguiren und unwürdigem Spiel mit der Person desselben. Den Fürsten führt ein solches Verhältniß unrettbar abwärts. Denn der Souverän in seiner einsamen Höhe, selten von bedeutenden Menschen umgeben, von Jugend auf an unterwürfigen Gehorsam gewöhnt, fast immer ohne genaue Kenntniß des geschäftlichen Details und der factischen Zustände im Volk, bedarf, um sein Selbstgefühl vor Selbstüberschätzung zu bewahren, seinen Willen vor Willkür, sein Urtheil über Menschen vor Menschenverachtung, zu Ministern im modernen Staat gerade ebensowohl selbständiger Männer, welche ihm mit einem festgefügtten Charakter und sicherem Gewissen gegenüberreten, wie die Minister selbst ihre Partei und das Volk als Controle und Regulator ihrer eigenen Thätigkeit bedürfen. Je fester die Rathgeber der Krone in Willen und Gemüth des Volkes wurzeln, desto sicherer werden sie dem Regenten zur Seite stehn; je männlicher sie ihre Ueberzeugung im Nothfall gegen ihren Fürsten zu vertreten wissen, um so besser, stärker, größer werden sie ihn selbst machen. Wo dieses hohe sittliche Verhältniß zwischen dem Herrn und seinen ersten Dienern fehlt, wird die Regierung kläglich zwischen despotischen Gelüsten und Entschlußlosigkeit schwanken.

Das Haus der Abgeordneten war seit der Polendebatte nicht ohne eigene Schuld in eine gefährliche Lage gekommen, welche seine Bedeutung für den Verfassungskampf zu verringern drohte. In der letzten Woche hat das Ministerium reichlich das Seine gethan, um dem hohen Hause in der unruhigen und aufgeregten öffentlichen Meinung seine Wichtigkeit als Vorkämpfer für das parlamentarische Leben in Preußen zurückzugeben.

Das Haus war nach der Polendebatte in die schwierigen Verhandlungen über die Heeresorganisation eingetreten, und diese Verhandlungen drohten auch die liberale Majorität zu spalten. Wie mißlich es für eine Versammlung von Volksvertretern ist, sich in eine Lösung technischer Fragen einzulassen, das hat die Berathung der Heeresorganisation wieder schlagend bewiesen. Darüber, ob Preußen 60,000, 66,000, oder gar nur 40,000 Rekruten jährlich ausbildet, sollen die Volksvertreter jedenfalls mitzusprechen haben, insofern sie das Geld dafür bewilligen. Aber sie werden weise handeln, wenn sie nicht vom militärischen Standpunkt die Opportunität und Zweckmäßigkeit dieser Zahlen untersuchen, sondern allein auf dem Grundsatz stehen, daß sie nur solchen Ministern den Militäretat bewilligen, welche ihr Vertrauen besitzen. Wenn aber das hohe Haus seine Weigerung motiviren wollte, so bliebe ihm die bequemere Form übrig, die tief empfundenen Uebelstände in der factischen Heeresorganisation als Motive für seine Weigerung aufzuzählen.

Dies Verfahren würde wahrscheinlich unter allen Umständen das zweckmäßigste gewesen sein, bei der gegenwärtigen außerordentlichen Lage des Staates machten noch besondere Gründe diese kurze Entschlossenheit nothwendig. Die äußeren Gefahren, von denen Preußen umringt ist, machten breite Verhandlungen und Zwistigkeiten über die Höhe des künftigen stehenden Heeres zuweilen besonders peinlich und erinnerten auf das Lebhafteste an die Debatten der deutschen Nationalversammlung von 1848 über Grundrechte in einer Zeit, wo nur schnelles und unaufhörliches Umsichgreifen, der nationalen Sache Erfolg versprach.

Zweitens aber ist die Stellung des Abgeordnetenhauses zu der Regierung von der Art, daß Jedermann schmerzlich das Unfruchtbare langer Berathungen empfand. Daß es unmöglich sein werde, das gegenwärtige Ministerium zu einem ehrlichen Eingehen auf die Forderungen des Abgeordnetenhauses zu bewegen, war wohl Keinem zweifelhaft. In dieser gespannten Lage aber waren auch Compromisse zwischen den gegenwärtigen Ansichten der Abgeordneten ziemlich unnütz. Wenn es in Preußen einmal besser wird, so kann der Frieden über die Heeresorganisation zwischen populären Ministern und Volksvertretern nur mit Berücksichtigung der in dieser Zeitlage maßgebenden Verhältnisse geschlossen werden. Andere Minister werden mit einem neuen Hause sich vereinigen, in jedem Fall wird noch ein neuer Factor bei Regelung dieser Frage eine gewisse Geltung beanspruchen: die Ueberzeugungen und das Organisations-

talent eines neuen liberalen Kriegsministers. Deshalb haben die technischen Berathungen der gegenwärtigen Militärcommission keine Aussicht, in ihrem Detail unverändert angenommen zu werden, selbst wenn dasselbe Haus in nicht ferner Zukunft aus seiner Majorität ein neues Ministerium zu bilden hätte.

Endlich ist der Kampf des Abgeordnetenhauses gegen das Ministerium gar kein Streit, welcher durch eine einzelne Organisation beendet werden kann. In Wirklichkeit steht die Frage in Preußen nur so, ob persönlicher Wille, ob parlamentarische Regierung die Geschicke des Landes bestimmen soll. Diese Frage ist so schroff und hart in alle Seelen gedrückt worden, daß ganz Europa mit Mißtrauen und Widerwillen auf die Zustände eines Staates blickt, der vor Kurzem noch für so frisch und hoffnungsvoll galt. Nun erscheint allerdings dem, der die Preußen kennt, weder der aufgeregte Streit so abenteuerlich, noch die Krankheit des Staatskörpers so bedenklich, als sie von Fremden beurtheilt wird. Die Preußen sind von je ein knorriges Volk gewesen, ihrer Tüchtigkeit ist ein herbes Element beigemischt, und das Leben ihres Staates hat sich von je in Gegensätzen von Kraft und Schwäche, Haß und Liebe, Abspannung und Begeisterung entwickelt, welche weniger junge und weniger robuste Organisationen schwerlich überwunden hätten. Aber wer den gegenwärtigen Conflict zweier Staatsgewalten zum Frieden führen will, vermag das allerdings nicht dadurch, daß er die Tiefe des Risses, der jetzt durch den ganzen Bau geht, mit gemüthlicher Tünche verdeckt. Und mit fester Ueberzeugung wird ausgesprochen, es ist fast nur Zufall, daß bei der Militärfrage die Unfertigkeit preussischer Staatsverhältnisse zu Tage gekommen ist; dasselbe persönliche Regiment würde sich mit derselben Selbstwilligkeit der nothwendigen Purification des Herrenhauses, einer neuen zeitgemäßen Kreisordnung entgegengestellt haben. Dem gegenwärtigen Hause der Abgeordneten und jedem künftigen bleibt deshalb nichts übrig, als sein Recht und sein Gewicht ohne jede Nebenrücksicht in die Waagschale zu werfen. Es ist jetzt weder möglich Concessionen zu machen, noch mit den entgegenstehenden Ansprüchen zu verhandeln. Seine traurige Aufgabe ist vielmehr, die Hindernisse, welche dem parlamentarischen Leben in Preußen entgegengestellt werden, durch alle gesetzlichen Mittel zu brechen.

Deshalb hat in diesem Momente diejenige liberale Partei die beste Berechtigung, welche die bestehende Regierung mit der geringsten Schonung angreift. Und es ist kein Zufall, daß die liberalen Parteien aller Staaten außerhalb Preußens den Kampf ebenso auffassen. Wenn man an der letzten Adresse des Abgeordnetenhauses etwas aussetzen soll, so ist es wieder nur, daß sie noch nicht durchweg mit der erforderlichen stolzen Offenheit die gegenwärtige hilflose Lage des Staatsregiments charakterisirt.

Kaum wird Jemand auch von der zweckmäßigsten Adresse eine unmittelbare günstige Folge erwarten, aber der seltsame Zweikampf, den die Volköver-

tretung mit der Regierung auszukämpfen hat, ist nur siegreich durchzufechten durch fortgesetzte Schläge bis zur Ermattung des Gegners.

Das Haus der Abgeordneten hat, so scheint es, jetzt keine andre Aufgabe, als dem Ministerium seine Auflösung nothwendig zu machen. Jedes Mittel, welches dazu hilft, und den Abgeordneten die Sympathien ihrer Wähler vermehrt, soll uns willkommen sein. Welchen Weg das Haus dafür einschlagen werde, wissen wir nicht. Die Lage, in welche die Minister sich und die Volksvertretung dadurch gebracht haben, daß sie ihr Erscheinen im Hause versagen, als ob dies eine unter Umständen zu versagende Gunst und nicht eine ihrer unabweißbaren Pflichten wäre, legt dem Haus die Nothwendigkeit auf, andere schwebende Fragen bei Seite zu lassen, um sich gegen die demüthigenden Ansprüche des Ministeriums zu schützen. Wenn das Haus eine Commission niedersetzen sollte, um Vorschläge zu machen, wie die Ehre und Würde des Hauses gegenüber dem Ministerium zu wahren sei, so könnte diese Commission der Ausgangspunkt für eine neue Reihe politischer Kämpfe werden. Die Verfassung enthält darüber zur Zeit noch nichts, das Haus darf sich aber nicht nehmen lassen, daß es in Beschlüssen über seine eigene innere Ordnung vollständige Autonomie hat.

Die stärksten Maßnahmen, welche dem Hause jetzt irgend möglich sind, geben zugleich die beste Bürgschaft für eine friedliche Zukunft und für eine endliche Versöhnung des preußischen Volkes mit seinem Fürstenhause. Wer den loyalen Wunsch hat, das Geschlecht des großen Kurfürsten dauerhaft und sicher über Preußen herrschen zu sehen, der muß vor Allem wünschen, daß der Kampf im Abgeordnetenhause nicht maßlose und unberechenbare neue Kräfte auf den Kampfplatz führe, daß der Streit von den gegenwärtigen Führern der Opposition zu Ende geführt werde. Andererseits aber, daß er dem Volke nicht nur bittere, niederbeugende und demoralisirende Empfindungen gebe, sondern daß ihm Vertrauen und Hoffnung auf eine hellere Zukunft bewahrt bleibe. Endlich aber, daß das Gefühl des großen Conflictes Muth und Hingabe des Volkes in der bisherigen Weise innerhalb der Schranken des Gesetzes noch steigern. Denn nur unter diesen Bedingungen wird der Hohenzollern, welcher seine Aufgabe zeitgemäß erfaßt, im Stande sein, das zu thun, was für das Heil des Staates unbedingt nothwendig ist: mit allem Unhaltbaren zu brechen und durch einen gründlichen Personenwechsel die Regierung seines Staates mit neuem Leben zu erfüllen. Man vergesse nicht, daß für einen Fürsten ein hohes Wogen der Volkskraft nothwendig ist: um Entschlüsse zu fassen, welche ihn selbst mit Manchem aus seiner Vergangenheit in tiefen Gegensatz bringen. Nicht der kräftige Zorn der Gegenwart ist für das Leben des Staates gefährlich, sondern das lange schlaife Hinschleppen des Siechthums. Denn in solcher Zeit wird zuletzt das Höchste in Frage gestellt. Deshalb ist jetzt vor Allem

dem Kampf ein schneller Verlauf, starke Schläge, dauernde Popularität der gegenwärtigen Opposition und dem Volke dauerhafte Entschlossenheit und Vertrauen zu seinen Führern zu wünschen. ♀.

Herr Lassalle und die Arbeiter.

2.

Hatten sich die Entreprenure der wie beschrieben in Scene gesetzten Arbeiterbewegung den Verständigen schon früher dadurch übel empfohlen, daß sie die Arbeiter in fortwährender Wiederholung durchaus zu einem besondern „vierten Stande“ stempeln wollten, während die neue Zeit sich angelegen sein läßt die Schranken zwischen den Ständen möglichst zu entfernen, so arbeiteten jene jetzt in dieser Weise weiter. Man redete sich ohne Grund in Hize über ein Phantom, und das Wort bourgeois spielte wieder seine Rolle, obwohl kein rechtes Verständniß eines Gegensatzes zwischen dem damit bezeichnenden besitzenden und dem besitzlosen Arbeiter vorhanden war und auch nicht vorhanden sein konnte. Solche Phrasen förderten indeß die Bewegung nicht, und den Gegenständen des früher aufgestellten und noch geltenden Programms, die allerdings viel Studium, Arbeit und gründliches Bekümmern um das Detail erfordert hätten, konnte man keinen Geschmack abgewinnen. Wuchs doch dabei der Einfluß nicht, und konnte man doch dabei nicht so bequem das oratorische Pfauenrad schlagen wie bei Betheiligung an politischer Discussion. Die Folge war, daß man sich nach etwas Neuem umsah, und siehe da, wieder kam der Retter aus der Noth von Berlin.

In einem der berliner Handwerkervereine hatte bereits im April 1862 der Doctor Ferdinand Lassalle, den meisten Arbeitern bisher gar nicht, einigen vielleicht von einem gewissen Proceß her bekannt, einen von ihm selbst als streng wissenschaftlich bezeichneten Vortrag: Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der „Idee“ des Arbeiterstandes gehalten. In diesem seltsam verschrobenen Sermon entwickelt er, wie im Mittelalter die Macht nach und nach aus den Händen des Adels in die des Bürgerthums übergegangen sei, und wie die Anerkennung des dritten Standes durch die französische Revolution die thatsächliche Macht der Bourgeoise zur rechtlich begründeten umgeschaffen habe. Allein die Sache des dritten Standes sei nicht die der ganzen Menschheit gewesen, dieser habe in sich noch den vierten Stand, den der Arbeiter getragen, welchen er als privilegirter Stand politisch